

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Klaus Ernst, Volker Schneider (Saarbrücken), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/12950 –**

Ausbildung in der Wirtschaftskrise – Ziele und Maßnahmen zum Ausbildungsjahr 2009

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Welt erlebt gegenwärtig die tiefste Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Millionenfach sind Arbeitsplätze und Einkommen bedroht. Gleichzeitig befindet sich die Berufsausbildung in Deutschland bereits seit vielen Jahren in einer strukturellen Krise. Hunderttausende Jugendliche suchen vergeblich nach einem Ausbildungsplatz. Eine große Anzahl von Jugendlichen kann ihr bevorzugtes Ausbildungsinteresse nicht verwirklichen. Fast 80 Prozent der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss landeten im Jahr 2006 im Übergangssystem, d. h. in Maßnahmen ohne anerkannten Berufsabschluss (vgl. Nationaler Bildungsbericht 2008, Bundestagsdrucksache 16/10206).

Die Situation des Ausbildungsmarktes ist in hohem Maße konjunkturabhängig. Ein Gesetzesentwurf der Fraktion DIE LINKE. zur Einführung einer Ausbildungsplatzumlage (Bundestagsdrucksache 16/2540), mit der diese Situation überwunden und eine konjunkturabhängige Finanzierung hätte geschaffen werden können, wurde im Juni 2007 von der Mehrheit des Deutschen Bundestages abgelehnt. Es ist damit zu befürchten, dass die Wirtschaftskrise nicht zuletzt zu einem Einbruch des Ausbildungsplatzangebots führen wird.

Die Betriebsbefragung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) „Ausbildung 2009“ hat zu dem Ergebnis geführt, dass die Zahl der Ausbildungsplätze voraussichtlich bereits im Jahr 2009 um 5 bis 10 Prozent einbrechen wird. Dem ökonomischen Prognose- und Simulationsmodell (PROSIMA) des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zufolge ist in diesem Jahr mit einem Angebot von etwa 580 000 Ausbildungsplätzen zu rechnen. Dies entspräche einem Einbruch des Ausbildungsmarktes um etwa 9 Prozent.

Die Bundesregierung vertritt in ihrem Berufsbildungsbericht 2009 die Auffassung, dass ein nur mäßiger Rückgang des Angebots auf etwa 600 000 Ausbildungsplätze anzustreben sei und bei Erreichen als Erfolg zu werten wäre (Bundestagsdrucksache 16/12640). Hierüber hinaus hat der Bundesminister Olaf Scholz am 25. April 2009 auf dem Kongress „Junge Genera-

tion“, der im Rahmen der Kampagne „Gutes Leben“ der IG Metall in Berlin stattfand, erklärt, Ziel sei es, in 2009 ein ebenso hohes Angebot an Ausbildungsplätzen zu realisieren wie 2008. Damals lag das Ausbildungsplatzangebot bei 635 766 Ausbildungsplätzen (vgl. Ausbildungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit). 2007 hatte das Angebot noch bei 644 244 Ausbildungsplätzen gelegen. Mit dem Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs zwischen der Bundesregierung und der Wirtschaft sollten zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Weitere 100 000 neue Ausbildungsplätze bis 2010 sollen mit dem zum Ausbildungsjahr 2008/2009 eingeführten Ausbildungsbonus entstehen.

1. Verfolgt die Bundesregierung in ihrer Ausbildungspolitik das Ziel, dass das Angebot an Ausbildungsplätzen 2009 mindestens ebenso hoch sein wird wie im Jahr 2008 (bitte begründen)?

Wenn nein, warum nicht, und welches Ziel verfolgt die Bundesregierung in Bezug auf das Angebot an Ausbildungsplätzen im Jahr 2009 stattdessen?

Ziel der Bundesregierung ist und bleibt es, allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebot zu machen.

Die Umfrageergebnisse des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) deuten bisher darauf hin, dass es zwar in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise einen Rückgang, aber keinen besorgniserregenden Einbruch des Ausbildungsangebots geben wird. Für eine fundierte Einschätzung zur Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt ist es zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch zu früh.

Die Partner des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs (Ausbildungspakt) werden ihre Anstrengungen zur Sicherung des Ausbildungsangebots weiter verstärken, um so viele Ausbildungsplätze wie möglich zu schaffen und damit das Ziel des Ausbildungspaktes erneut zu erreichen. Des Weiteren haben sich die Partner des Ausbildungspaktes bereits auf eine Sitzung Mitte Juni 2009 verständigt, um auf eine eventuelle Zuspitzung auf dem Ausbildungsmarkt reagieren zu können. Darüber hinaus tragen die beschlossenen umfangreichen Maßnahmen der Konjunkturpakete I und II, die ausbildungsfördernden Leistungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie die Programme des Bundes und der Länder zur Sicherung des Ausbildungs- bzw. Qualifizierungsangebotes bei.

2. Wie begründet die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass von den Jugendlichen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss inzwischen mehr in das sogenannte Übergangssystem einmünden als in das duale und das Schulberufssystem, und in Anbetracht von weiterhin weit über 300 000 so genannten Altbewerberinnen und Altbewerbern auf dem Ausbildungsmarkt, dass sie es bereits als Erfolg werten will, wenn sich die Chancen der ausbildungsinteressierten Jugendlichen gegenüber 2008 „nicht verschlechtern“ (vgl. Berufsbildungsbericht 2009, S. 20 f.)?

Bis zum Jahr 2005 führte das rückläufige Ausbildungsangebot bei wachsenden Zahlen von Schulabsolventen zu einem steigenden Anteil von Bewerberinnen und Bewerbern, die statt einer betrieblichen Ausbildung in alternative Bildungs- und Qualifizierungswege einmünden. Danach hat sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt auch Dank der Wirkung des Ausbildungspaktes positiv entwickelt. Die Bundesregierung hat mit dem im Rahmen der Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ geschaffenen Ausbildungsbonus eine gezielte Maßnahme für Altbewerberinnen und Altbewerber auf den Weg gebracht. Nach Daten der BA hat sich deren Anteil im Jahr 2008 erstmals seit Jahren verringert. Damit sind erste Signale einer Trendwende sichtbar.

3. Auf welche Daten, Studien oder sonstigen Eindrücke stützt die Bundesregierung ihre Einschätzung, dass entgegen der Ergebnisse von PROSIMA das Ausbildungsplatzangebot im Jahr 2009 nicht auf etwa 580 000, sondern nur auf etwa 600 000 Ausbildungsplätze zurückgehen wird?

Die Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots ist von zahlreichen Determinanten abhängig, die sich teilweise gegenseitig beeinflussen und deren Veränderungen zum Teil nur schwer vorherzusagen sind. Dazu zählen unter anderem die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Zur Abschätzung des Ausbildungsplatzangebots hat das BIBB den Aufbau eines ökonometrischen Prognose- und Simulationsmodells des Ausbildungssystems (PROSIMA) veranlasst. Dabei handelt es sich um ein komplexes, zeitreihengestütztes Simulationsmodell, das all jene Einflussgrößen berücksichtigt, die in den vergangenen Jahrzehnten zu beobachten waren und für die Daten vorlagen.

Für eine Angebotsprognose ist eine Vielzahl von zum Teil diffizilen Annahmen erforderlich, die selbst bei einer nur einjährigen Vorausschätzung unsicher sind. Die Kernpunkte der für das Jahr 2009 prognostizierten Veränderung des Ausbildungsplatzangebots betreffen die schwer abschätzbare weitere wirtschaftliche Entwicklung. PROSIMA gelangt zu einer Punkt-Prognose des Ausbildungsplatzangebots im Jahr 2009 von rund 580 000. Unter Berücksichtigung des üblichen statistischen Schätzfehlers ist der Wert im Bereich von rund 560 000 bis 600 000 zu vermuten.

PROSIMA ist allerdings nicht in der Lage, kurzfristige strategische Änderungen in der Personalpolitik der Betriebe zu simulieren. Wegen der demografischen Entwicklung versuchen viele Unternehmen, ihre Ausbildungsleistung trotz der Wirtschaftskrise aufrechtzuerhalten. Dies spricht dafür, den tatsächlichen Schätzwert des Ausbildungsplatzangebots für das Jahr 2009 eher im oberen Grenzbereich des Prognoseintervalls von PROSIMA zu verorten. Bei einem Rückgang des Ausbildungsangebots um rund 35 000 Plätze auf 600 000 im Jahr 2009 würden in etwa dieselben Ausbildungsmarktverhältnisse erreicht wie im Jahr 2008. Denn auch die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen sinkt in Folge der demografischen Entwicklung deutlich.

4. Teilt die Bundesregierung die in der Anhörung zum Nationalen Bildungsbericht am 9. Februar 2009 von mehreren Sachverständigen geäußerte Einschätzung, dass der größte durch die Wirtschaftskrise verursachte Druck auf den Ausbildungsmarkt erst 2010 zum Tragen kommen wird (bitte begründen)?

Der weitere Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise ist noch nicht abzusehen. Eine belastbare Prognose ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

5. a) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um einen Einbruch des Ausbildungsmarktes infolge der Wirtschaftskrise zu verhindern?
b) Welche spezifischen Maßnahmen plant die Bundesregierung, um zu verhindern, dass die Folgen der Wirtschaftskrise auf dem Ausbildungsmarkt wesentlich durch bereits heute benachteiligte Gruppen getragen werden müssen?

Die Fragen 5a und 5b werden im Zusammenhang beantwortet.

Auch in Zeiten wirtschaftlicher Krise bleibt die Ausbildung im dualen System zur Sicherung des eigenen Fachkräftebedarfs grundsätzlich eine Aufgabe der Wirtschaft. Die Bundesregierung fordert daher die Wirtschaft insgesamt und

die Partner im Ausbildungspakt im Besonderen auf, jetzt in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen, sondern ihre Ausbildungsleistung beizubehalten.

Die Agenturen für Arbeit wirken insbesondere im Rahmen ihrer Kontakte zu Arbeitgebern wie auch durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit darauf hin, dass vor dem Hintergrund des sich in vielen Branchen abzeichnenden Fachkräftemangels die bisherige Ausbildungsbereitschaft unabhängig von der aktuellen Wirtschaftskrise aufrecht erhalten wird. In der Ausbildungsvermittlung wird dabei auch auf die bestehenden Fördermöglichkeiten für Zielgruppen aktiv hingewiesen.

Flankierende Maßnahmen stehen im Fall einer Insolvenz, Stilllegung oder Schließung eines Betriebes zur Verfügung. Nach einer Umfrage des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales förderten die Länder im Jahr 2008 977 Lehrlinge aus Insolvenzbetrieben. Nachrangig zu den Länderprogrammen wird mit dem Ausbildungsbonus die Schaffung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze für Lehrlinge aus Insolvenzbetrieben gefördert (bis Mitte Mai 2009 666 Förderfälle).

Ab dem 1. August 2009 kann nach der vorzeitigen Lösung eines betrieblichen oder außerbetrieblichen Berufsausbildungsverhältnisses die Berufsausbildung auch in einer außerbetrieblichen Einrichtung fortgesetzt werden, wenn eine Eingliederung in betriebliche Berufsausbildung nicht gelingt. Die Förderung ist in diesem Fall nicht auf benachteiligte Jugendliche beschränkt. Ein Fall der vorzeitigen Vertragslösung kann z. B. Folge einer Insolvenz, Stilllegung bzw. Schließung des ausbildenden Betriebes sein. Die intensive Nutzung der ausbildungsfördernden Leistungen der BA trägt insbesondere zugunsten von Benachteiligten und Jugendlichen dazu bei, allen jungen Menschen ein Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebot zu machen.

Zusätzlich zur Förderung mit dem Ausbildungsbonus stehen für benachteiligte Jugendliche zahlreiche Fördermöglichkeiten zur Verfügung, z.B. in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und außerbetrieblichen Berufsausbildungen. Die Wirtschaft hat im Ausbildungspakt 40 000 Plätze für Einstiegsqualifizierungen zugesagt. Lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Auszubildende können darüber hinaus bereits ab Ausbildungsbeginn laufend durch ausbildungsbegleitende Hilfen unterstützt werden. Arbeitgeber mit bis zu 500 Beschäftigten können während der Durchführung einer Berufsausbildung oder Berufsausbildungsvorbereitung eines solchen Jugendlichen Unterstützung bei administrativen Aufgaben sowie bei der organisatorischen Vorbereitung der Berufsausbildung bzw. Berufsausbildungsvorbereitung erhalten.

Unter Beachtung der aktuellen Bewerberzahlen und des bisher leichten Rückgangs der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen sieht die BA das aktuell verfügbare Maßnahmeangebot als passgenau für die Unterstützung auch von benachteiligten Bewerberinnen und Bewerbern an. Sollte trotz aller Bemühungen im Herbst 2009 zwischen Ausbildungsbewerbern und Ausbildungsstellen eine größere Lücke bestehen, beabsichtigt die BA laut Beschluss des Verwaltungsrates vom 8. Mai 2009, außerbetriebliche Berufsausbildungsstellen für benachteiligte junge Menschen nach Bedarf über das bisher geplante Volumen hinaus zu fördern.

Die flexiblen vertraglichen Regelungen in den Verträgen mit den Trägern der Maßnahmen lassen eine kurzfristige Ausweitung der Eintrittsmöglichkeiten in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen bzw. außerbetriebliche Ausbildung je nach regionaler Bedarfslage der Agenturen zu. Auch der Verwaltungsrat der BA hat für den Krisenfall bereits Vorsorge getroffen. Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurde der Eingliederungstitel im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) und im Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) aufgestockt. Der größere finanzielle Spielraum für Ermessensleistungen nutzt auch der Förderung von benachteiligten Jugendlichen.

6. a) Gibt es Gespräche zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung oder dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Unternehmen mit dem Ziel, dass diese ihre Ausbildungsplatzzahlen im Jahr 2009 nicht reduzieren?

Wenn ja:

- b) Mit welchen Unternehmen wurden Gespräche geführt, und mit welchen Ergebnissen?
- c) Wurden die betreffenden Betriebsräte in die Gespräche einbezogen?
- d) Welche weiteren Gespräche sind geplant?
- e) Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass Ausbildungsplätze durch diese Maßnahmen nachhaltig gesichert werden und nicht lediglich der Einbruch des Ausbildungsmarktes auf 2010 verschoben wird?
- f) Wie viele Ausbildungsplätze lassen sich nach Einschätzung der Bundesregierung durch Gespräche mit einzelnen Unternehmen sichern?
- g) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, falls die Gespräche mit einzelnen Unternehmen nicht zu einer verlässlichen Stabilisierung des Ausbildungsmarktes führen?

Wenn nein:

- h) Warum nicht?

Die Fragen 6a bis 6h werden im Zusammenhang beantwortet.

Die Bundesregierung führt im Rahmen des Ausbildungspaktes Gespräche mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft zur Sicherung des Ausbildungsangebots. In Gesprächen mit Personalchefs und Betriebsräten der DAX 30 Unternehmen wurden mögliche Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Ausbildungsmarkt erörtert. Die Personalchefs und Betriebsräte der DAX 30 Unternehmen sagten zu, dass sie ihre Ausbildungsleistungen im Jahr 2009 nicht reduzieren werden. Zudem haben die Partner des Ausbildungspaktes auch in diesem Jahr am Tag des Ausbildungsplatzes am 14. Mai vor Ort aktiv für Ausbildung in den Betrieben geworben.

7. a) Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um das Ausbildungsplatzangebot in der öffentlichen Verwaltung und in Betrieben mit Bundesbeteiligung zu steigern und damit wenigstens einen Teil der absehbaren Ausbildungsplatzkrise abzufangen?

Die Ausbildungsquote der Bundesverwaltung lag im Ausbildungsjahr 2008/2009 mit 7,6 Prozent über der im Pakt gegebenen Zusage von sieben Prozent. Die gemeinsamen Anstrengungen der Bundesressorts haben die Ausbildungssituation in den Bundesbehörden in den vergangenen Jahren wirkungsvoll verbessert. Die Ausbildungsquote der unmittelbaren Bundesverwaltung hat sich in den vergangenen drei Jahren auf diesem hohen Niveau verstetigt.

Die Behörden der Bundesverwaltung werden ihre Anstrengungen unvermindert fortführen, damit auch in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise möglichst jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Ausbildungsplatz angeboten werden kann. Mit gezielten Maßnahmen und Projekten – z. T. in Zusammenarbeit mit Netzwerkpartnern – sollen insbesondere auch Jugendliche mit Migrationshintergrund erreicht und für eine Ausbildung in der Bundesverwaltung gewonnen werden.

- b) Wie wird sich die Zahl der Ausbildungsplätze in den Bundesministerien im Jahr 2009 entwickeln?

Nach den im vergangenen Oktober gemeldeten Zahlen der Ressorts (Bundesministerien und Geschäftsbereiche) ist auch im Ausbildungsjahr 2009/2010 mit einer Ausbildungsquote um 7,6 Prozent zu rechnen.

- c) Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass Betriebe wie die Bundesagentur für Arbeit, die Deutsche Post AG oder die Deutsche Telekom AG, in denen sie im Verwaltungsrat vertreten ist, die Zahl ihrer Ausbildungsplätze im Jahr 2009 erhöhen (bitte begründen), und wenn ja, mit welchem Erfolg?

Die Ausbildung von Jugendlichen hat in der BA einen großen Stellenwert. Für das Jahr 2009 ist die Einstellung von 1 701 Nachwuchskräften (1 251 Auszubildende in drei verschiedenen Ausbildungsberufen und 450 Studierende an der Hochschule der BA) geplant. Dies entspricht einer Steigerung des Ausbildungs- und Studienplatzangebots von rund 37 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise kommt die BA als Arbeitgeberin ihrer besonderen sozialpolitischen Verantwortung nach und bietet gegenüber ihren ersten Planungen zur Einstellung von 1 501 Nachwuchskräften weitere 200 Ausbildungsplätze an. Soweit keine personenbedingten Gründe entgegenstehen, erhalten alle Auszubildenden nach erfolgreichem Abschluss mindestens das tariflich vereinbarte zweijährige Übernahmeangebot als Angestellte oder Angestellter der BA. Der Verwaltungsrat der BA hat sich in seiner Sitzung am 8. Mai 2009 mit der Bewältigung der wirtschaftlichen Krise befasst und an die Arbeitgeber appelliert, auch in diesen schwierigen Zeiten in ihrer Ausbildungsbereitschaft nicht nachzulassen und das Niveau des Vorjahres bei der betrieblichen Ausbildung zu halten.

Die Deutsche Telekom AG gehört zu den größten Ausbildern in Deutschland und hat eine Ausbildungsquote von rund neun Prozent. Sie nimmt insbesondere im Bereich der IT-Fachkräfte mit fast 25 Prozent aller IT-Ausbildungen in Deutschland eine Spitzenposition ein. Auch die Deutsche Post AG hat in den vergangenen Jahren jährlich über dem jeweils aktuellen Bedarf ausgebildet.

8. Wie kommt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des im Jahr 2008 gegenüber dem Jahr 2007 um etwa 1,3 Prozent verringerten Angebots an Ausbildungsplätzen sowie einer um etwa 1,5 Prozent gesunkenen Anzahl neuer Ausbildungsverträge zu der Einschätzung, dass die Umsetzung des Ausbildungspaktes, dessen Ziel die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze ist, in diesem Jahr als Erfolg zu werten sei?

Die Umsetzung des Ausbildungspaktes war auch im Jahr 2008 erfolgreich, weil die Ziele des Ausbildungspaktes sowohl zur Gewinnung neuer Ausbildungsplätze als auch von neuen Ausbildungsbetrieben übertroffen wurden. Zum Berichtsstichtag 30. September gab es erstmals seit 2001 mehr gemeldete unbesetzte Ausbildungsstellen als gemeldete unversorgte Bewerberinnen und Bewerber.

9. Wird die Bundesregierung die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) aufgreifen, eine Übernahmeprämie für Auszubildende aus Insolvenzbetrieben, die von anderen Unternehmen übernommen werden, einzuführen (vgl. beispielsweise FR-online.de vom 1. April 2009) (bitte begründen)?

Die Bundesregierung hat derzeit keine entsprechenden Absichten. Es stehen die Weitervermittlungsbemühungen der Kammern, die Insolvenzprogramme der Länder sowie die nachrangigen Fördermöglichkeiten der BA zur Verfügung. Zudem wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

10. Wird die Bundesregierung die Forderung des DGB aufgreifen, das Sonderprogramm der Bundesagentur für Arbeit für außerbetriebliche Ausbildung wieder auszubauen und mindestens auf 40 000 Plätze und damit auf das Niveau vergangener Jahre aufzustocken (vgl. beispielsweise FR-online.de vom 1. April 2009) (bitte begründen)?

Die Bundesregierung gibt der Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze den Vorrang. Viele Betriebe bilden über den eigenen Bedarf hinaus aus. Zudem wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

11. a) Auf welche Gründe führt die Bundesregierung zurück, dass die Einführung des Ausbildungsbonus bislang „nur schleppend voran“ kommt, wie der Präsident des BIBB, Manfred Kremer, festgestellt hat (vgl. Pressemitteilung des BIBB vom 26. Februar 2009)?

Der Ausbildungsbonus ist im Hinblick auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes nach Beginn des Ausbildungsjahres mit bislang rund 14 000 Förderfällen gut angenommen worden. Trotz begleitender Presse- und Öffentlichkeitsarbeit während des Gesetzgebungsverfahrens gab es für das Ausbildungsjahr 2008/2009 nur einen geringen zeitlichen Vorlauf, um Betriebe über die konkreten Bedingungen der neuen Förderleistung zu informieren. Viele Einstellungsentscheidungen dürften daher bereits im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens getroffen worden sein.

- b) Worauf führt die Bundesregierung zurück, dass entgegen dem Ziel, mit dem Ausbildungsbonus nicht ausbildende Betriebe für die Ausbildung von Jugendlichen zu gewinnen, bislang fast ausschließlich bereits ausbildende Betriebe den Ausbildungsbonus in Anspruch genommen haben?

Der Ausbildungsbonus ist nicht speziell auf erstmals ausbildende Betriebe ausgerichtet, sondern steht generell zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zur Verfügung. Der BA liegen keine statistischen Informationen darüber vor, ob bislang fast ausschließlich bereits ausbildende Betriebe mit dem Ausbildungsbonus gefördert worden sind. Im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Begleitforschung sollen auch zu der angesprochenen Fragestellung belastbare Aussagen gewonnen werden.

- c) Worauf führt die Bundesregierung zurück, dass entgegen dem Ziel, mit dem Ausbildungsbonus insbesondere ostdeutschen Betrieben die Möglichkeit zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze zu geben, die ostdeutschen Betriebe den Bonus bislang nicht in besonderer Weise nutzen?

Der Ausbildungsbonus ist keine Maßnahme, mit der explizit Betriebe in den neuen Ländern gefördert werden sollen. Im April 2009 belief sich der Anteil

der Bestandsfälle an der Förderung mit dem Ausbildungsbonus im Bundesgebiet Ost an allen Bestandsfällen auf 14,8 Prozent.

- d) Teilt die Bundesregierung die vom Präsidenten des BIBB, Manfred Kremer, geäußerte Einschätzung, dass die angestrebte Schaffung von 100 000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen nur mit verstärkten Anstrengungen erreichbar ist?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja, welche zusätzlichen diesbezüglichen Anstrengungen plant die Bundesregierung?

Für die Jahre 2009 und 2010 ist eine Prognose des Fördervolumens noch nicht möglich. Zwar kann durch den zunehmenden Bekanntheitsgrad dieses Förderinstruments grundsätzlich von einer höheren Inanspruchnahme ausgegangen werden. Andererseits kann angesichts der derzeitigen Konjunkturkrise nicht ausgeschlossen werden, dass weniger Betriebe ihr bisheriges Ausbildungsvolumen ausweiten und damit das Förderkriterium der Zusätzlichkeit erfüllen können. Die BA wird ihre Presse- und Öffentlichkeitsarbeit intensiv fortführen und im Rahmen der direkten Arbeitgeberkontakte auf die zusätzlichen Möglichkeiten des Ausbildungsbonus hinweisen.

12. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass vor dem Hintergrund der drohenden Folgen der Wirtschaftskrise für die Berufsausbildung junger Menschen die Schaffung eines konjunkturunabhängigen Berufsausbildungssystems vorrangiges Ziel der Berufsbildungspolitik sein muss (bitte begründen)?

Berufliche Ausbildung ist in erste Linie Aufgabe der Wirtschaft. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Ausbildung den aktuellen Erfordernissen des Arbeitsmarktes angepasst ist. Die Unternehmen tragen im Rahmen der dualen betrieblichen Ausbildung mit jährlich 28 Milliarden Euro rund 80 Prozent der Ausbildungskosten. Die ausbildungsfördernden Leistungen der BA von der Beratung, Vermittlung bis hin zu Einstiegsqualifizierung, Ausbildungsbonus und Berufseinstiegsbegleitung unterstützen konjunkturunabhängig die Berufsausbildung nach dem individuellen Förderungsbedarf von förderungsbedürftigen Jugendlichen. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung die Jugendlichen durch zahlreiche weitere Maßnahmen, ein Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebot zu finden. Dazu gehören unter anderem die Ausbildungsprogramme „JOBSTARTER“ und „JOBSTARTER CONNECT“, „Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen“ und das „Ausbildungsprogramm Ost“.